

**Institut für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht  
Institut für Finanzrecht**

**Univ.-Prof. Dr. Hanns F. Hügel †**  
**Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr**  
**SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr**  
**Univ.-Prof. Dr. Friedrich Rüffler, LL.M.**  
**Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M.**

**26. Seminar**

**„Hügel-Seminar“: Aktuelle Entwicklungen im  
Unternehmens- und Steuerrecht**

**Sommersemester 2019**

Das Seminar findet zu den angegebenen Terminen jeweils am Mittwoch in der Zeit von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr im Hörsaal U 11 (Untergeschoss), Juridicum, Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien, statt.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Änderungen des Seminarprogramms werden durch Email sowie unter

- [www.univie.ac.at/finanzrecht](http://www.univie.ac.at/finanzrecht)
- [wirtschaftsprivatrecht.univie.ac.at](http://wirtschaftsprivatrecht.univie.ac.at)

bekannt gemacht.

**13. März      Gestaltungsfreiheit im Aktienrecht vs Satzungsstrenge / Digitalisierung – Namensaktien  
als Blockchain-Token**

Die Reichweite von zwingendem Aktienrecht beschäftigt Gerichte, Gesetzgebung, Lehre und Kautelarjuristen in unterschiedlichen Zusammenhängen. Mit einer Leitentscheidung des Obersten Gerichtshofs nahm die Diskussion 2013 wieder an Fahrt auf und befeuert die Überlegungen nach dem Ausmaß der eigenverantwortlichen Organisation der Aktionäre im Rahmen ihrer Gesellschaft sowie deren Grenzen. Teleologische Überlegungen stecken die Grenzen des zwingenden Rechts ab. Das Seminar widmet sich den internen und externen Grenzen für die Satzungsgestaltung *de lege lata*. Und die Digitalisierung hält Einzug: eine erste Satzungsgestaltung erfolgte für Namensaktien als Blockchain-Token (CONDA AG).

Dazu: *Brugger*, Aktuelles zur Satzungsstrenge nach OGH 6 Ob 28/13f, NZ 2014/53; *Elsner/Hössl/U. Torggler*, Die Satzungsstrenge: Leitbild und Realität der AG, GesRZ 2017, 78; *E. Gruber/H. Folgar-Deinhardstein*, Satzungsstrenge und neue Spielräume für "autonome" Satzungsbestimmungen, Praxisfragen zu OGH 8. 5. 2013, 6 Ob 28/13f, GesRZ 2014, 73; *Haberer*, Zwingendes Kapitalgesellschaftsrecht (2010); *Kalss/Fleischer*, Neues zur Lockerung der Satzungsstrenge bei nicht börsennotierten Aktiengesellschaften, AG 2013, 693; *C. Nowotny*, Satzungsstrenge im österreichischen Aktienrecht?, in FS für P. Doralt (2004) 411; *Schopper*, Anmerkung zu OGH 8.5.2013, 6 Ob 28/13f, GesRZ 2013, 212.

Jüngst: *Nicolussi*, Die Satzungsstrenge im Aktienrecht (2018); *Kulnigg/Simonishvili*, Digitalisierung, Verwaltung und Übertragung von Namensaktien einer nicht börsennotierten AG auf der Blockchain, GesRZ 2018, 278; Satzung der CONDA AG (idF 27.07.2018) [Veröffentlichung zu „Namensaktien als Blockchain-Token“].

ReferentInnen:            Dr. Julia Nicolussi, bpv Hügel  
                                    Dr. Thomas Kulnigg, Schönherr  
Diskussion mit:            Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, Universität Wien

27. März

**Die gesellschaftsrechtliche Umsetzung der AktionärsrechteRL  
– Ministerialentwurf zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie**

Die Frist zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (EU) 2017/828 endet am 10. Juni 2019. Während der Umsetzungsentwurf in Deutschland bereits zur Diskussion steht (Entwurf zum ARUG II), lässt er in Österreich noch auf sich warten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird er am 27.03.2019 bereits vorliegen. Er wird der Richtlinie entsprechend Anreize zur langfristigen Mitwirkung von Aktionären börsennotierter Aktiengesellschaften schaffen, indem er die (grenzüberschreitende) Information und Ausübung von Aktionärsrechten erleichtert. Konkret wird er die Transparenz der Aktionärsstruktur erhöhen („*know-your-shareholder*“). Intermediäre, institutionelle Anleger sowie auch Vermögensverwalter und Proxy Advisors wird er verstärkt in die Pflicht nehmen. Beispielhaft werden institutionelle Anleger und Vermögensverwalter Informationen zu ihrer „Mitwirkungspolitik“ zu veröffentlichen haben oder sich erklären müssen. Proxy Advisors werden auf ihrer Homepage den angewandten Verhaltenskodex bezeichnen oder erklären müssen, warum sie keinen anwenden. Der Hauptversammlung wird das Recht eingeräumt werden, über die Vergütungspolitik von Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder abzustimmen („*say-on-pay*“). Abzuwarten ist, inwiefern einer einmal genehmigten Vergütungspolitik auch bindende Wirkung zukommen soll. Jedenfalls wird ein Vergütungsbericht zu erstellen sein. Schließlich wird der Entwurf die Transparenz von wesentlichen Geschäften mit nahestehenden Personen erhöhen und Zustimmungspflichten zu solchen Geschäften anordnen („*related-party-transactions*“). Spannend ist, wie der österreichische Gesetzgeber die Wesentlichkeitsdefinition ansetzen und das Zustimmungserfordernis ausgestalten wird.

Zu Deutschland:

[https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Aktionaersrechterichtlinie\\_II.html](https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Aktionaersrechterichtlinie_II.html)

Referentin:	Leitende Staatsanwältin, Hon. Prof. Dr. Sonja Bydliniski, MBA
Diskussion mit:	Univ.-Prof. Dr. Friedrich Ruffler, Universität Wien Dr. Julia Told, Universität Wien

3. April

**Verkauf des gesamten Unternehmens einer Kapitalgesellschaft – § 237 AktG, *Holz Müller und Gelatine***

In der Entscheidung 6 Ob 38/18h, GesRZ 2018, 303 [*Zimmermann*], hat der OGH die analoge Anwendbarkeit des § 237 AktG auf GmbH bejaht und auf dieser Grundlage einen zustimmenden Generalversammlungsbeschluss zum Wirksamkeitserfordernis der Übertragung des gesamten Gesellschaftsvermögens erklärt. Offenlassen konnte der OGH die Frage nach dem Konsensquorum, namentlich der Anwendbarkeit von § 50 Abs 3 GmbHG (Einstimmigkeit) oder (auch insofern) von § 237 AktG analog (Dreiviertelmehrheit). Ebenfalls unentschieden konnte in diesem Urteil erneut die Frage nach der Existenz von ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenzen bleiben, die der BGH in seiner berühmten *Holz Müller*-Entscheidung (BGH II ZR 174/80, BGHZ 83, 122) in Bezug auf „*schwerwiegende Eingriffe in die Rechte und Interessen der Aktionäre*“ bejaht und in den *Gelatine*-Entscheidungen (BGH II ZR 155/02 BGHZ 159, 30; II ZR 154/02, NZG 2004, 575) bestätigt und präzisiert hat. Nach wie vor ungeklärt ist damit die für die Praxis wichtige Folgefrage, ob die in Deutschland zur Konkretisierung der HV-Kompetenz entwickelten Schwellenwerte (70-80% des Gesellschaftsvermögens) auch für Österreich gelten.

Dazu: *Bachner* in *Doralt/Nowotny/Kalss*, AktG<sup>2</sup> § 103 Rz 28 ff; *ders*, Individuelle Abwehrensprüche und einstweilige Verfügung bei Missachtung der Holz Müller-Doktrin, in FS C. Nowotny (2015) 215; *Fleischer*, Ungeschriebene Hauptversammlungszuständigkeiten im Aktienrecht: Von „Holz Müller“ zu „Gelatine“, NJW 2004, 2335; *Habersack*, Mitwirkungsrechte der Aktionäre nach Macroton und Gelatine, AG 2005, 137; *C. Nowotny*, Handels- und gesellschaftsrechtliche Probleme einer Unternehmensteilung, DRdA 1989, 93; *Schärf*, Erweiterung der Hauptversammlungszuständigkeit durch die Rechtsprechung? – OGH und „Holz Müller“, RdW 1997, 121; *Westermann*, Organzuständigkeit bei Bildung, Erweiterung und Umorganisation des Konzerns, ZGR 1984, 352; *Wimmer*, Zum (Minderheits-)Gesellschafterenschutz im GmbH-Recht bei Unternehmensverkäufen, NZ 2018, 401.

Aus der Judikatur: BGH II ZR 174/80, BGHZ 83, 122 (*Holz Müller*); II ZR 155/02, BGHZ 159, 30 (*Gelatine I*); II ZR 154/02, NZG 2004, 575 (*Gelatine II*); OGH 6 Ob 38/18h, GesRZ 2018, 303 [*Zimmermann*] = RWZ 2018, 321 [*Wenger*]; 6 Ob 77/14p, GesRZ 2015, 136 [*Cach*]; 1 Ob 566/95, ecolec 1996, 865 [*Elsner*].

Referent: Dr. Mario Gall, EY Law – Pelzmann Gall Rechtsanwälte  
Diskussion mit: Univ.-Prof. Dr. Friedrich Rüdfler, Universität Wien  
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, Universität Wien

## 10. April **Hinzurechnungsbesteuerung in Deutschland und Österreich**

Die neue, ab 2019 anwendbare, Hinzurechnungsbesteuerung („CFC rules“) inkl der (modifizierten) Bestimmungen über den Methodenwechsel bildeten das konzernsteuerrechtliche Kernstück des Jahressteuergesetzes 2018. Das Konzept der CFC-Besteuerung in Art 7 f Anti-BEPS-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2016/1164) beruht in seinen Grundsätzen auf der deutschen Hinzurechnungsbesteuerung. Welche (offenen) Auslegungsfragen können hierbei mit Hilfe eines Blickes über die Grenze gelöst werden? Was sind die Gemeinsamkeiten und wo liegen die Unterschiede in der Umsetzung in Deutschland und Österreich?

Dazu: EU-Richtlinie 2016/1164 vom 12.7.2016; *Kirchmayr/Mayr/Hirschler/Kofler*, Anti-BEPS-Richtlinie, Wien 2017; *Mayr/Titz*, Umsetzung der Anti-BEPS-RL: Hinzurechnungsbesteuerung ergänzt Methodenwechsel nach § 10 Abs 4 KStG, RdW 2018, 317; *Schilcher/Knesl*, § 10a KStG-VO zur Hinzurechnungsbesteuerung und zum Methodenwechsel, RdW 2019, 53.

Deutsche Literatur: *Staats*, Die unionsrechtliche Rechtfertigung der Bekämpfung von Gewinnverlagerungen, IWB 2018, 838; *Haase*, Überlegungen zur Reform der Hinzurechnungsbesteuerung“, ifst-Schrift 521 (2017); *Kraft*, Legislatorsische Handlungsnotwendigkeiten im Kontext der Hinzurechnungsbesteuerung“, IWB 2019, 104; *Linn*, Die Anti-Tax-Avoidance-Richtlinie der EU – Anpassungsbedarf in der Hinzurechnungsbesteuerung? IStR 2016, 645.

Referenten: Dr. Wendelin Staats, LL.M., deutsches BMF  
Diskussion mit: StB Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr, Universität Wien;  
SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF/Universität Wien

## 8. Mai **Up-stream und side-stream Umgründungen im Spannungsfeld zwischen Steuerrecht und Gesellschaftsrecht – Ausgewählte Fragen**

In diesem Seminar werden folgende Umgründungsfragen und deren Rechtsfolgen diskutiert:

- up-stream Umgründungen
- Einlagen und Innenfinanzierung bei Verschmelzung auf eine Nichtengesellschaft
- Kapitalertragsteuer in Zusammenhang mit Umwandlungen

Dazu: VwGH 20.12.2016, Ro 2015/15/0023; *Kirchmayr/Rzepa* in *Doralt/Kirchmayr/Mayr/Zorn*, EStG<sup>20</sup>, § 4 Abs 12; *Zorn*, VwGH: Alineare Verlustzuweisung bedarf wirtschaftlicher Gründe, RdW 2017, 588; *Hofmann*, Weitere Anmerkungen zu VwGH: Alineare Verlustzuweisung bedarf wirtschaftlicher Gründe, RdW 2018, 55; BMF 17.9.2018, BMF-010200/0029-IV/6/2018.

Referenten: WP StB Dr. Christian Ludwig, Ludwig & Partner  
StB Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr, Universität Wien  
Diskussion mit: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler

## 15. Mai **Update: Einlagenrückgewähr und Verdeckte Ausschüttungen**

Ein Dauerthema ist und bleibt das Verbot der Einlagenrückgewähr und das eng verwandte Verbot der Verdeckten Ausschüttungen in steuerrechtlicher Hinsicht. Das Seminar will ein Update zu den jüngsten Entwicklungen liefern, in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht etwa zu der E, die die Zulässigkeit der Darlehensgewährung sehr eng fasst (6 Ob 114/17h, GesRZ 2018 [*Karollus*] = EvBl 2018/32 [*Told*]) oder zur E, mit der die Möglichkeit zur Vertragsanpassung eingeschränkt worden ist und die erstmals Begünstigte einer beteiligten Privatstiftung als Normadressaten anerkannt hat (6 Ob 195/18x).

In steuerrechtlicher Hinsicht sind die E des VwGH zur verdeckten Ausschüttung bei Wechsel des Einkünfte-Zurechnungssubjektes (VwGH 22.11.2018, Ra 2018/15/0037; s *Zorn*, RdW 2019, 52; *Wiesner*, RWZ 2019, 11) sowie zur Überlassung einer Kaufoption aus einem Leasingvertrag (VwGH 13.9.2018, Ro 2016/15/0033) zu nennen. Es wird weiters diskutiert, ob es im Rahmen einer Verschmelzung zu einer vA kommen kann, wenn eine mittellose Gesellschaft aufgenommen und durch eine verbundene Gesellschaft aufgenommen wird (BFH 21.2.2018, V I R 46/16 sowie BFG 20.6.2018, RV/6100109/2012, s *Schweiger*, BFGjournal 2018, 372). Besprochen wird das auch anstehende Urteil des BFH (anhängig zu I R 16/18) zur Frage, ob eine Umqualifizierung einer Spende in eine vA bei besonderem Naheverhältnis zwischen Empfänger und Gesellschafter der spendenden Gesellschaft geboten ist; vor dem Hintergrund der vergleichbaren Jud des VwGH zu Spenden zu sonstigen freiwilligen Zuwendungen (VwGH 28.4.2004, 2001/14/0166; FG Köln 21.3.2018, 10 K 2146/16; s *Müller*, DB 2018, 2466).

Referenten: Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr, Universität Wien  
Univ.-Prof. Dr. Friedrich Rüdler, Universität Wien

## 22. Mai VwGH-Rechtsprechung zur Unternehmensbesteuerung

- Aktuelle Judikatur zur Unternehmensbesteuerung
- VwGH zur verdeckten Ausschüttung bei Wechsel des Einkünfte-Zurechnungssubjekts, VwGH 22.11.2018, Ra 2018/15/0037
- VwGH zur ImmoESt/Hauptwohnsitzbefreiung, zB VwGH 29.3.2017, Ro 2015/15/0025; VwGH 22.11.2017, Ra 2017/13/0002; VwGH 24.1.2018, Ra 2017/13/0005.
- Luxusimmobilien in Kapitalgesellschaften, VwGH 22.3.2018, Ra 2017/15/0047; aktuelle BMF-Info

Dazu: *Zorn*, RdW 2019, 52; zur ImmoESt: *Zorn*, RdW 2017/258; RdW 2018/41; zu Luxusimmobilien: *Zorn*, RdW 2017, 847; *Zorn*, RdW 2017, 846; *Zorn*, RdW 2018, Heft 2.

Referent: Dr Andrei Bodis, Leiter bundesweiter Fachbereich f.  
Kapitalvermögen/BMF  
Diskussion mit: SenPräs Univ.-Prof. Dr. Nikolaus Zorn, VwGH  
SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF/Universität  
Wien

## 12. Juni Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und IT-Giganten steht im Fokus des internationalen Steuerrechts. Auf EU- und OECD-Ebenen wird intensiv an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet, die vor allem den Betriebsstättenbegriff und auch kurzfristige Maßnahmen (Ausgleichsteuern) betreffen. Die OECD hat im Februar 2018 ein „Public Consultation Document“ veröffentlicht.

Dazu: *Kirchmayr/Mayr/Hirschler/Kofler/Ehrke-Rabel*, Digitalisierung im Konzernsteuerrecht, Wien 2018; *Bendlinger*, RdW 2017, 359; *Kofler/Mayr/Schlager*, RdW 2017, 36 und European Taxation 2017, 523 und European Taxation 2018, 123; *Bendlinger/Kofler/Kanduth-Kristen/Rosenberger*, Handbuch Internationales Steuerrecht (2019); *OECD*: <http://www.oecd.org/tax/beps/public-consultation-document-addressing-the-tax-challenges-of-the-digitalisation-of-the-economy.pdf>

Referent: StB Prof. Dr. Stefan Bendlinger, ICON  
Diskussion mit: SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF/Universität  
Wien